

Positionen zum Wohnungsbauprogramm 2020

1. Wir fordern mehr Fördermittel und ein höherer Tilgungsverzicht pro Wohneinheit für den Mietwohnungsbau.
2. Wir sind gegen eine weitere Erhöhung der Bewilligungsmieten - schon jetzt können sich viele Haushalte die neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen nicht leisten.
3. Wenn mehr Mittel pro Wohnung aufgewendet werden ohne Erhöhung des Fördervolumens, dann ist darin angelegt, dass weniger Wohnungen erstellt werden sollen.
4. Wir beklagen den erneuten Rückgang der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen im Jahr 2019 durch eine völlig unangemessene „Weiter-so-im-gleichen-Trott“-Politik.
5. Wir brauchen eine Deckelung der ständig steigenden Grundstückspreise.
6. Wir unterstützen die Abschöpfung und Versteuerung leistungsloser, häufig spekulativer (Buch-) Gewinne durch Bodenwertsteigerung.
7. Wir sind für eine problemlösende Förderung in Gemeinden mit Wohnungsengpässen.
8. Wir sind der Ansicht, dass auch die Eigentumsförderung einen Beitrag zur Entspannung der Wohnungsmarktsituation leisten kann. Jedoch wird dies nicht durch eine Förderung erreicht, die größtenteils zum Erwerb – nicht zum Neubau – von Wohnraum genutzt wird und zudem im ländlichen Raum verpufft.
9. Wir regen hingegen die Eigentumsförderung durch besondere Haushaltsmittel des Landes an. Die Eigentumsförderung darf nicht zu Lasten des Mietwohnungsbaus aus den jetzigen Wohnraumfördermitteln der NRW.Bank bestritten werden.
10. Wir fordern endlich eine Beteiligung des Landes NRW an der Finanzierung der Wohnraumförderung. Die im Landeshaushalt ausgewiesenen 97 Mio. sind auch lediglich durchgereichte Bundesmittel durch die Neuverteilung der Umsatzsteuer. (Es müssten übrigens 105 Millionen Euro sein; nämlich 21,086 Prozent von 500 Millionen nach dem Königsteiner Schlüssel!)
11. Wir plädieren für eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, da die derzeitigen Partner in der Wohnungswirtschaft – häufig unverschuldet - nicht in der Lage sind, das notwendige Neubauvolumen zu schaffen.
12. Wir drängen auf eine Wohnraumförderungs politik, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungen zeitlich unbegrenzt erhält. Die derzeit jährlich 300 Mio. Euro Steuermittel blieben so den Bürgern als Landesbauvermögen dauerhaft erhalten und gingen nicht nach 20 oder 25 Jahren durch Privatisierung verloren.